

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(93. - öffentliche - Sitzung am 30. September 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schuldenwesen des Landes Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11428](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wappengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11146](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 des GBD anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Jens Nacke (CDU).

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und zur Verbesserung der bäuerlichen Agrarstruktur in Niedersachsen und zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/8144](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

4. **Gerichtliche Verfahren kindgerecht gestalten - Einsetzung einer koordinierenden Stelle für kindgerechte Justiz in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8965](#)

Der federführende Ausschuss setzt die Beratung fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sowie für Haushalt und Finanzen, den Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlags der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen (Vorlage 6) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -